

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 24.11.2020

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 4-070/20 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates am 3. November 2020 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Pauly gibt aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 3. November 2020 bekannt, dass der Gemeinderat der Ankauf eines Grundstückes im Konversionsbereich für das Jahr 2021 beschlossen hat.

3) TOP 2-011/20 City Management Donaueschingen - Sachstandsbericht der City Managerin Christine Neu & Projektvorstellung "Donaueschingen Gutschein"

Oberbürgermeister Pauly begrüßt Frau Christine Neu, die seit Oktober 2020 als City Managerin beim City-Management Donaueschingen – Wir für Donau e.V. in Donaueschingen tätig ist sowie die Vereinsvorsitzende, Frau Nadin Lorenz-Schmidt, und führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-011/20 ein.

Frau Neu City Managerin stellt sich und ihre Tätigkeit dem Gremium vor. Dabei stellt Frau Neu den neuen Einkaufsgutschein vor, der in über 30 Donaueschinger Geschäften einlösbar ist und verweist auf die Homepage www.donaueschingen-gutschein.de, auf Facebook und auf Instagram. Sie wolle den Einzelhandel vor Ort durch Inspiration und durch eine verstärkte Online-Präsenz stärken. Als City Managerin fungiere sie als neutrale Schnittstelle zwischen Stadt, Bürgern und den Händlern und rege zu neuen Vorgehensweisen an.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Lind): Der Gutschein sei nur in einem Geschäft einlösbar, das sei wegen des Abrechnungssystems nicht anders machbar. Der Restbetrag werde gutgeschrieben. Der Gutschein eigne sich auch als Weihnachtsgeschenk oder als Geschenk zu sonstigen Anlässen zum Beispiel für Mitarbeiter als steuerfreie Sachzuwendung.

Stadträtin Wiemer: Der Einkaufsgutschein sei eine tolle Idee, sie wünsche ihr bei Ihrer Tätigkeit viel Erfolg.

(Auf Nachfrage von Stadträtin Wiemer): Sie sei gerne bereit, ein bis zweimal im Jahr einen Sachstandsbericht vorzustellen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung biete jederzeit ihre Unterstützung an.

Beschluss: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4) TOP 5-055/20 Städtebaulicher Vertrag "Solarpark Aasen"

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-055/20 ein und verweist auf die Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Gremium vor.

Beschluss: Dem beigefügten Städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

5) TOP 7-039/20 Prüfbericht zum Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs Wasserwerk

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-039/20 ein und verweist auf die Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Gremium vor.

- Beschluss:
1. Der Bericht der Innenrevision über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wird zur Kenntnis genommen.
 2. Der Jahresabschluss 2019 wird, wie unter Punkt III. aufgeführt, festgestellt.
 3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 296.494,70 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 4. Die Betriebsleitung wird entlastet.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 7-040/20 Prüfbericht zum Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-040/20 ein und verweist auf die Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Gremium vor.

Beschluss:

1. Der Bericht der Innenrevision über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2019 wird, wie unter Punkt III. aufgeführt, festgestellt.
3. Die Betriebsleitung wird entlastet.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 7-041/20 Prüfbericht zum Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs Breitbandversorgung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-041/20 ein.

Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Gremium vor.

Beschluss:

5. Der Bericht der Innenrevision über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wird zur Kenntnis genommen.
6. Der Jahresabschluss 2019 wird, wie unter Punkt III. aufgeführt, festgestellt.
7. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 47.858,65 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
8. Die Betriebsleitung wird entlastet.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8) TOP 7-042/20 Eigenbetrieb Wasserwerk - Wirtschaftsplan-Entwurf 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-042/20 ein.

Wirtschaftsplan Entwurf Eigenbetrieb Wasserwerk:
Mittelfristige Finanzplanung –Vermögensplan, Seite 25

Fraktionssprecher Blaurock: Die Höhe der Investitionen passe nicht zur Höhe der Abschreibungen auf Sachanlagen (vgl. Investitionen, Seite 9 / Mittelfristige Finanzplanung – Vermögensplan, Seite 25).

Amtsleiter Zoller: Die Abschreibungen fielen nicht immer und auch nicht in voller Höhe im Jahr der Investition an, da die Fertigstellung der Maßnahmen teilweise erst in der zweiten Jahreshälfte fertiggestellt werden. Deshalb stiegen die Abschreibungen nicht parallel zu den Investitionen, sondern seien zeitversetzt. Hinzu komme, dass sich die Abschreibungen jährlich um die vollständig abgeschriebenen Maßnahmen reduzieren. Die Verwaltung könne Abschreibungen für die nächsten Jahre anzeigen lassen, jedoch nur für das bestehende Anlagevermögen ohne Planwerte.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan 2021 unter Zugrundelegung folgender Zahlen zu:
 - a. Das Volumen des Erfolgs- und Vermögensplanes umfasst:

Erfolgsplan
Erträge und Aufwendungen je **3.170.300 €**

Vermögensplan
Einnahmen und Ausgaben je **4.880.365 €**
 - b. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Darlehensaufnahmen beträgt 3.755.718 €.
 - c. Der Höchstbetrag der Kassenkredite beläuft sich auf 500.000 €.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zum Kernhaushalt ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.

4. Die Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 7-043/20 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Wirtschaftsplan-Entwurf 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-043/20 ein.

Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Gremium vor.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan 2021 unter Zugrundelegung folgender Zahlen zu:

a. Das Volumen des Erfolgs- und Vermögensplanes umfasst:

Erfolgsplan

Erträge und Aufwendungen je **5.499.414 €**

Vermögensplan

Einnahmen und Ausgaben je **10.206.523 €**

b. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Darlehensaufnahmen beträgt 8.064.297 €.

c. Der Höchstbetrag der Kassenkredite beläuft sich auf 1.000.000 €.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zum Kernhaushalt ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.

4. Die Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

10) TOP 7-044/20 Eigenbetrieb Breitbandversorgung - Wirtschaftsplan-Entwurf 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-044/20 ein.

Fraktionsprecher Blaurock rechnet bezugnehmend auf die Tagesordnungspunkte acht bis zehn vor, dass das Pro-Kopf-Verschulden der drei Eigenbetriebe bis zum Jahre 2024 auf insgesamt fast 2.700 € steigen werde.

Beschluss:

5. Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan 2021 unter Zugrundelegung folgender Zahlen zu:

- d. Das Volumen des Erfolgs- und Vermögensplanes umfasst:

Erfolgsplan

Erträge und Aufwendungen je **299.043 €**

Vermögensplan

Einnahmen und Ausgaben je **1.228.433 €**

- e. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Darlehensaufnahmen beträgt 1.001.943 €.
- f. Der Höchstbetrag der Kassenkredite beläuft sich auf 100.000 €.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Beratungen zum Kernhaushalt ergebenden Änderungen in den Wirtschaftsplan 2021 einzuarbeiten.
8. Die Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

11) TOP SG13-009/20 Haushalt 2021 - Personalkosten

Oberbürgermeister Pauly erteilt das Wort zu Beginn an Amtsleiter Biehler.

Amtsleiter Biehler führt in die Sitzungsvorlage Nr. SG13-009/20 ein. Die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Oktober 2020 habe ungefähr 50.000 Euro weniger Personalkosten als erwartet zur Folge.

Vergleich Mittelmeldungen Personalkosten (Anlage) **40190100 Honorare-Einzelhandel/Innenstadtmarketing**

Das Anstellungsverhältnis der City-Managerin sei bei der Vereinsgründung „City Management-Wir für Donau e.V.“ geregelt worden. Die Anstellung erfolge nicht mehr auf Honorarbasis, sondern im Angestelltenverhältnis direkt beim Verein. Daher werde der Ansatz in Höhe von 40.000 Euro im Haushaltsplanentwurf 2021 bei der Kontierung 40190100 gestrichen, was die Personalkosten entsprechend mindere. Als Mitglied des Vereins „City Management-Wir für Donau“ leiste die Stadt Donaueschingen jedoch einen entsprechenden Zuschuss, mit dem auch die Personalkosten finanziert werden.

Beschluss: Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.

12) TOP 7-035/20 Haushalt 2021 - Fortführung der Beratungen zum Finanzhaushalt sowie zur mittelfristigen Finanzplanung, Beschluss des Ergebnishaushaltes

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 7-035/20/1.

12.1) TOP 7-035/20/1 Haushalt 2021 - Fortführung der Beratungen zum Finanzhaushalt sowie zur mittelfristigen Finanzplanung, Beschluss des Ergebnishaushaltes

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 7-035/20/1 ein.

Er schlage vor, die Beratungen zur Straßenbaumaßnahme in der Linsenöschstraße fortzuführen, da diese in der Gemeinderatssitzung am 17. November 2020 auf Antrag aus dem Gemeinderat abgebrochen worden seien.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.
Die Beratungen werden an dieser Stelle fortgesetzt.

Investitionsprogramm 2021 – 2025, Seite 421 ff

Profitcenter 54.10-91 –Gemeindestraßen, S. 434
Linsenöschstraße, Straßenausbau:

Stadträtin Riedmaier schlägt vor, den Ansatz in Höhe von 300.000 Euro aufzuteilen, und 50.000 Euro im Jahr 2022 einzustellen, um bereits die Gehwege der Linsenöschstraße zu sanieren.

Oberbürgermeister Pauly: Dafür bestehe aktuell keine Notwendigkeit. Die gesamte Baumaßnahme sei derzeit nicht eingeplant und werde erst begonnen, wenn sie relevant sei.

Herr Bader, Tiefbauamt, stimmt dem zu.

Beschluss: Für die Gehwegsanierung der Linsenöschstraße werden 50.000 Euro im Jahr 2022 eingestellt.

(1 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Lehenstraße, Straßenausbau:

Schulstraße, Straßenausbau:

Herr Bader, stellvertretender Amtsleiter (auf Nachfrage von Stadtrat Vetter): Bei der Lehenstraße gebe es im Abwasserbereich Handlungsbedarf. Der Kanal müsse saniert werden. Die geplante Maßnahme sei berechtigt.

Stadträtin Riedmaier: Es sei besser, die Maßnahmen in der Schulstraße und in der Lehenstraße nicht zeitgleich im Jahr 2023 durchzuführen, da diese Straßen Parallelstraßen seien.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, die Maßnahme in der Schulstraße von 2023 nach 2024 zu verschieben.

Stadtrat Kuttruff rät dazu, mit der Maßnahme in der Lehenstraße abzuwarten, bis für die alte Realschule die künftige Nutzung feststehe.

Fraktionssprecher Greiner: Diese Diskussion halte unnötig auf. Er beantrage, über sanierungsbedürftige Straßen und über die Hintergründe des Sanierungsbedarfs eine Vorlage zu erstellen und diese in einer Sitzung des Technischen Ausschusses zu beraten.

Oberbürgermeister Pauly fragt nach, ob die Maßnahmen in der Lehenstraße und in der Schulstraße wie geplant im Jahr 2023 stehen bleiben sollen.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

2. BA Spitalstraße, Moltkestraße bis Sennhofstraße, Seite 435:

Stadtrat Vetter schlägt vor, die Maßnahme auf das Jahr 2025 zu verschieben.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „2. BA Spitalstraße, Moltkestraße bis Sennhofstraße“ in Höhe von 575.000 Euro von 2024 nach 2025 zu verschieben, wird zugestimmt.

(28 Ja, 3 Nein, 3 Enthaltungen)

2. BA Siedlersteg Sanierung Dach- und Bohlenbelag:

Herr Bader, stellvertretender Amtsleiter: Beim Siedlersteg seien Schäden am Tragwerk festgestellt worden. Die Schäden seien provisorisch ausgebessert worden. Die Maßnahme solle auf 2021 vorgezogen werden. Die Bezeichnung der Maßnahme solle in „Sanierung Tragwerk und Bohlenbelag“ geändert werden.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme in „2. BA Siedlersteg, Sanierung Tragwerk und Bohlenbelag“ zu benennen und von 2022 nach 2021 vorzuziehen, wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Aasen:

Kreidenweg, Ausbau, 1. BA:

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen: Er beantrage, die Verschiebung der Maßnahme von 2021 nach 2023, da die Verhandlungen mit den Eigentümern schwierig seien.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „Obere Steig, Straßenausbau mit Gehweg“ in Höhe von 220.000 Euro zu streichen, wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Obere Steig, Straßenausbau mit Gehweg:

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen: Er beantrage, die Maßnahme „Obere Steig, Straßenausbau mit Gehweg“ in Höhe von 220.000 Euro zu streichen. Das sei vertretbar.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „Kreidenweg, Ausbau 1. BA“ in Höhe von 220.000 Euro zu streichen, wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Radweg Aasen- Pfohren Neubau:

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen, beantragt, die Maßnahme „Radweg Aasen-Pfohren“ von 500.000 Euro auf 522.000 Euro zu erhöhen, da belastetes Bodenmaterial festgestellt worden sei. Die Entsorgung der belasteten Straßenbauabfälle verursache eine Kostensteigerung. Die Maßnahme solle zudem mit einem Sperrvermerk versehen werden, da die Bewilligung einer Förderung von 85 Prozent möglich sei. Dieser Betrag solle als Einnahme veranschlagt werden.

Fraktionsprecher Blaurock beantragt die Streichung der Maßnahme „Radweg Aasen Pfohren“.

Stadtrat Vetter: Die Bezeichnung der Maßnahme „Radweg Aasen-Öschberghof“ passe besser. Er sei dafür, die Maßnahme zu streichen.

Oberbürgermeister Pauly lässt über den weitest gehenden Antrag der Grünen-Fraktion die Maßnahme „Radweg Aasen Pfohren“ zu streichen, abstimmen.

Beschluss: Die Maßnahme „Radweg Aasen Pfohren“ wird gestrichen.

(13 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen, spricht sich nochmal für seinen gestellten Antrag aus und bittet den Gemeinderat um Zustimmung.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „Radweg Aasen-Pfohren“ auf 522.000 Euro zu erhöhen, Einnahmen in Höhe von 85 Prozent der Gesamtkosten einzustellen und einen Sperrvermerk für den Fall der Bewilligung von Förderungsmitteln zu setzen, wird zugestimmt.

(ohne Widerspruch)

Pfohren:

Geisinger Straße, Erschließung Baugebiet südlicher Abschnitt, Planung, Seite 436:
Geisinger Straße, Erschließung Baugebiet südlicher Abschnitt, Straßenbau:

Herr Feucht, Ortsvorsteher Pfohren: Er stelle den Antrag, die Planungsmaßnahme „Erschließung des Baugebiets südlicher Abschnitt“ in der Geisinger Straße in Höhe von 35.000 Euro um ein Jahr von 2022 auf 2021 vorzuziehen, da er der Nachfrage an Bauplätzen nicht nachkommen könne, da es keine Bauplätze mehr gebe. Dabei schlage er auch vor, die Straßenbaumaßnahme im Baugebiet südlicher Abschnitt in Höhe von 185.000 Euro von 2024 auf 2022 vorzuziehen. Die Entstehung des Baugebiets würde den Ortsteil abrunden.

Amtsleiter Unkel: Aus Sicht der Stadtplanung mache das Sinn.

Beschluss:

1. Dem Antrag, die Planungsmaßnahme „Erschließung des Baugebiets südlicher Abschnitt“ in der Geisinger Straße in Höhe von 35.000 Euro um ein Jahr von 2022 auf 2021 vorzuziehen, wird zugestimmt.
2. Dem Antrag, die Straßenbaumaßnahme „Erschließung des Baugebiets südlicher Abschnitt“ in der Geisinger Straße in Höhe von 185.000 Euro von 2024 auf 2022 vorzuziehen, wird zugestimmt.

(26 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen)

Hubertshofen:

Schwimmbad/Zufahrt Feuerwehr:

Stadtrat Rainer Hall: Für die Maßnahme „Schwimmbad/Zufahrt Feuerwehr“ seien 20.000 Euro ausreichend.

Oberbürgermeister Pauly: Das werde geprüft. Wenn die Maßnahme kostengünstiger durchgeführt werden könne, werde der Ansatz entsprechend reduziert. Bis dahin solle der Ansatz in Höhe von 40.000 Euro stehen bleiben.

Wolterdingen:

Baugebiet An der Tannheimer Straße, 5. BA, Straßenbau Erschließungsbeiträge:

Fraktionssprecher Blaurock beantragt die Streichung der Maßnahme „Baugebiet An der Tannheimer Straße“ in Höhe von 400.000 Euro.

Stadtrat Durler, beantragt die Maßnahme „Baugebiet An der Tannheimer Straße“ als Platzhalter für ein beliebiges Baugebiet in Wolterdingen stehen zu lassen.

Frau Giesin, Ortsvorsteherin Wolterdingen, bestätigt, dass es in Wolterdingen derzeit keinen Bauplatz gebe. Als Baugebiet könne auch zu gegebener Zeit auch ein anderes geplant werden als derzeit geplant Baugebiet.

Fraktionssprecher Blaurock erklärt sich damit einverstanden.

Hubertshofener Straße, Fußgängerbrücke beim Rathaus, Erneuerung:

Fraktionssprecher Greiner: Das Regierungspräsidium plane die Erneuerung der Fußgängerbrücke. Es könne länger dauern, bis das Planfeststellungsverfahren beginne. Er beantrage daher die Maßnahme von 2023 auf 2025 zu verschieben.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „Erneuerung Fußgängerbrücke beim Rathaus“, in der Hubertshofener Straße in Höhe von 200.000 Euro von 2023 nach 2025 zu verschieben, wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Kirchbühlstraße, Sanierung Zufahrt Kindergarten:

Stadtrat Durler: In Abstimmung mit Bürgern aus Wolterdingen schlage er vor, die Maßnahme „Kirchbühlstraße, Sanierung Zufahrt Kindergarten“ in Höhe von 70.000 Euro angesichts der angespannten Haushaltslage zu streichen. Die Maßnahme sei geplant worden, als die Haushaltslage besser gewesen sei.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Dem Antrag, die Maßnahme „Erneuerung Kirchbühlstraße, Sanierung Zufahrt Kindergarten“ in Höhe von 70.000 Euro zu streichen, wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Allmendshofen:

Kreisverkehr L171 / Zubringer (GR 04.10.2016), Kostenanteil Stadt:

Amtsleiter Zoller teilt mit, dass für die Maßnahme „Kreisverkehr L171 / Zubringer (GR 04.10.2016), Kostenanteil Stadt“ ein Landeszuschuss in Höhe von 101.000 Euro bewilligt worden sei und verweist auf die Tischvorlage (Einzahlungen THH 9, Seite 6). Der Ansatz sei daher von 400.000 Euro auf 250.000 Euro reduziert worden.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly werden keine weiteren Änderungsanträge zum Investitionsprogramm 2021-2025 gestellt.

Schlussbetrachtungen

Amtsleiter Zoller erläutert dem Gremium die Darstellungen der Tischvorlage (Seite 7-9). Der Ergebnishaushalt habe sich aufgrund der Beratungen von -600.000 Euro auf -348.000 Euro verbessert. Es sei davon auszugehen, dass das Regierungspräsidium Freiburg den Haushalt 2021 genehmigen werde. Die Änderungen im Haushaltsplanentwurf würden dem Gemeinderat als Tischvorlage in der Gemeinderatssitzung am 8. Dezember 2020 vorgelegt.

Frau Armbruster, stellvertretende Amtsleiterin: Der Kreditbedarf sei aufgrund der gesamten Änderungen von ursprünglich 34 Millionen ungefähr 16 Millionen Euro reduziert worden. Das sei ein gutes Ergebnis.

Oberbürgermeister Pauly: Das ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalts habe sich von ursprünglich -3,7 Millionen Euro auf -348.000 Euro deutlich verbessert. Das sei im Jahr der Corona-Pandemie ein sehr gutes Ergebnis. Am 8. Dezember 2020 könne die Haushaltssatzung beschlossen werden.

Ergebnishaushalt (Gesamthaushalt):

Nr. 18 Sonstige Ordentliche Aufwendungen, Seite 19:

44290800 Aufwendungen für Machbarkeitstudien/Konzepte/Wettbewerbe:

Herr Feucht Ortsvorsteher Pfohren: Er komme auf die Streichung der Mittel in Höhe von 30.000 Euro für das Planungskonzept der Pfohrener Halle in der Hauptausschusssitzung am 10. November 2020 zurück. In Abstimmung mit dem Ortschaftsrat beantrage er diesen Ansatz für das Planungskonzept der Halle wieder in den Ergebnishaushalt aufzunehmen. Dabei gehe es nicht um die Modernisierung der Halle, sondern um die Erstellung eines Nutzungskonzepts.

Oberbürgermeister Pauly: Es bleibe nicht bei den Planungskosten, da im Anschluss Baukosten anfielen, die derzeit nicht finanzierbar seien.

Fraktionssprecher Greiner: In der Hauptausschusssitzung sei nicht klar hervorgegangen, für was das Konzept benötigt werde. Zudem sei nicht auszuschließen, dass das Gutachten veralte, bevor eine Baumaßnahme durchgeführt werde. Dann müsse das Konzept wieder angepasst werden.

Herr Feucht Ortsvorsteher Pfohren: Das Konzept sei für die Entscheidungsfindung über den weiteren Nutzungszweck der Halle erforderlich.

Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, dafür lediglich 5.000 Euro einzustellen und kein umfassendes Konzept in Auftrag zu geben.

Amtsleiter Unkel: Die Frage der Hallennutzung müsse im Ortsteil entschieden werden. Er frage sich, was hier geplant werden soll und weshalb für die Feststellung des Nutzungsbedarfs ein Architekt beauftragt werden solle.

Oberbürgermeister Pauly lässt über den weitest gehenden Antrag des Pfohrener Ortsvorstehers, Herrn Feucht, abstimmen.

Beschluss: Die Mittel für ein Nutzungskonzept der Halle in Pfohren in Höhe von 30.000 Euro werden wieder in den Ergebnishaushalt aufgenommen.

(4 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly werden keine weiteren Anträge gestellt.

Gesamtbeschluss:

1. Dem Ergebnishaushalt 2021 wird entsprechend des Ergebnisses der Beratung im Hauptausschuss und der weiteren vorliegenden Änderungen zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich in der Beratung zum Entwurf des Finanzhaushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ergebenden Änderungen in den Haushaltsplan 2021 einzuarbeiten.

(33 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

13) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Abschlusssessen nach Gemeinderatssitzung am 8. Dezember 2020

Oberbürgermeister Pauly gibt bekannt, dass für die Gemeinderäte im Anschluss an die Gemeinderatssitzung am 8. Dezember 2020 aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie und der geltenden Bestimmungen keine Weihnachtsfeier mit Abschlusssessen stattfinden könne.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

14) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Bahnhofsunterführung Donaueschingen

Stadtrat Lienhard: Er danke für die Neugestaltung der Bahnhofsunterführung. Dabei sei die Darstellung des Blenklepasses zwischen Donaueschingen und Bräunlingen spiegelverkehrt abgebildet worden. Er bitte, den Fehler gegebenenfalls zu reklamieren und kostenfrei nachbessern zu lassen. Die seitenverkehrte Darstellung führe bei Betrachtern zu Irritationen.